

# WIE GEHT ES WEITER IN DORF UND KLEINSTADT?

Demografische Provokationen und  
neue Konflikte um Daseinsvorsorge

BERTHOLD VOGEL







Auf Dorf und Kleinstadt kommt es an. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht in Frage. Unsere demokratische Kultur, die Teilhabe ermöglicht, Verteilung gestaltet und Sicherheit herstellt, sieht sich neuen sozialräumlichen Spaltungen gegenüber, die durch die demografische Entwicklung beschleunigt werden. Die Daseinsvorsorge und die Bereitstellung öffentlicher Güter geraten zum Konfliktfall. Wo hält noch der Bürgerbus? Wie werden in ländlichen Räumen Gesundheitsvorsorge und Pflegedienst organisiert? Haben Freibad und Jugendclub noch einen Sinn, wenn junge Familien staunenswerte Raritäten im dörflichen oder kleinstädtischen Alltag sind? Die Konflikte um öffentliche Güter fordern neue gesellschaftspolitische Antworten heraus. Diese Antworten können nicht mehr alleine zentralstaatlich oder zentralörtlich erfolgen. Sie müssen auch aus den lokalen Kontexten kommen. Das Konzept der sozialen Orte steht hier exemplarisch für neue Wege zur Sicherung sozialen Zusammenhalts.

**Vorherige Doppelseite:** In Dörfern und Kleinstädten vollzieht sich ein tiefgreifender demografischer Wandel, der die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt in Frage stellt.

**D**as Dorf und die Kleinstadt erhalten neue Aufmerksamkeit. Die ländliche Mittelschicht in Ohio und Wisconsin signalisiert an den Wahlurnen „America first“, die ehemaligen Industriedörfer in Wales und Nordengland votieren gegen Europa, die französische Provinz stützt die „Front National“ und in der Prignitz und Uckermark avancieren Rechts- und Linkspopulisten zu Volksparteien. Diejenigen, die lange Zeit davon überzeugt waren, dass die vielfältigen, internationalen Metropolen und die sie bevölkernden kreativen Klassen die Zukunft der Gesellschaft prägen, reiben sich verwundert die Augen. Die Provinz hat politisches Gewicht. Hängt an Dorf und Kleinstadt die Zukunft der Demokratie? Zumindest prägen neue räumliche Spaltungen die sozialen und mentalen Strukturen moderner Gesellschaften. Sie spalten sich zwischen prosperierender Urbanität und infrastrukturellem Wohlstand auf der einen Seite und prekärer Stagnation beziehungsweise dem Niedergang ländlicher Räume auf der anderen. Die Wahlerfolge von Le Pen und Trump, der Brexit Großbritanniens und der Aufstieg des Populismus in den europäischen

Wohlfahrtsstaaten lenken die gesellschaftspolitische Aufmerksamkeit auf die Lebenswirklichkeiten „auf dem Land“. Und dort kommt einiges zusammen: Die Landflucht der Jungen, der Wertverfall der Immobilien, der Niedergang der kleinstädtischen Industrie und des dörflichen Handwerks, der Missmut der Zurückbleibenden, die zusehen müssen, wie der letzte Kaufladen schließt, der Hausarzt keine Nachfolge findet und der Bus nur noch werktags und einmal täglich fährt. Der ländliche Raum lichtet sich. Soziale Einrichtungen schwinden, Leistungen der Daseinsvorsorge sind zu teuer und technische Infrastrukturen unterausgelastet. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht in Frage, soziale und ökonomische Balancen gehen verloren.

Unsere demokratische Kultur, die beansprucht, Teilhabe zu ermöglichen, Verteilung zu gestalten und Sicherheit herzustellen, sieht sich durch die neuen räumlichen Spaltungen herausgefordert und durch die demografische Entwicklung provoziert. Die Daseinsvorsorge und die Bereitstellung öffentlicher Güter geraten zum Konfliktfall.

Zugleich ist gerade die Daseinsvorsorge eben nicht nur Konfliktfall, sondern in Zeiten des demografischen Wandels auch politisches und gesellschaftliches Instrument der Konfliktmoderation. Und die Gestaltung von Konflikten ist bitter notwendig. Mit Blick auf die Alterung der Bevölkerung, auf den Wegzug der Jungen sowie auf die „Lichtung“ sozialer und baulicher Strukturen wachsen in den ländlichen Räumen Nutzungs-, Verteilungs- und Abwicklungskonflikte. Diese Konflikte um Daseinsvorsorge und öffentliche Güter fordern neue gesellschaftspolitische Antworten heraus. Dabei wird deutlich, dass Antworten auf demografische Provokationen nicht mehr alleine zentralstaatlich und zentralörtlich erfolgen können. Sie müssen auch aus den lokalen Kontexten, aus dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger kommen. Das gemeinsam mit Jens Kersten und Claudia Neu entwickelte „Konzept der sozia-

len Orte“ steht hier exemplarisch für neue Wege zur intraregionalen Sicherung sozialer Kohäsion und zur interregionalen Dämpfung sozialer Spaltung. Doch zunächst sind die Konflikte im ländlichen Raum anzusprechen – denn über der räumlichen Spaltung zwischen Stadt und Land dürfen wir nicht übersehen: Dorf ist nicht gleich Dorf und auch die soziale Wirklichkeit zwischen Kleinstädten variiert erheblich.

### Auf der Suche nach dem verlorenen Dorf – Nutzungskonflikte im demografischen Wandel

Wer nutzt in Zukunft mit welchen Interessen und in welcher Weise den ländlichen Raum? Verschiedene Entwicklungsrichtungen und Szenarien lassen sich unterscheiden.





## Szenarien demografischen Wandels

Ländliche und kleinstädtische Räume erfüllen ausschließlich Substitutionsfunktionen für mehr oder weniger nahe gelegene Ballungsräume. Sie sind relativ günstige Wohnorte für Arbeitspendler, daher wirtschaftlich nicht belebt oder nur schwach entwickelt, aber von einer durchaus wohlhabenden Mittelschicht bewohnt. Diese Nutzung von Dorf und Kleinstadt hat unmittelbare Auswirkungen auf das soziale Leben dieser Pendlerdörfer. Das lokale Leben passt sich den Rhythmen des Orts an, der beispielsweise in der mehr oder weniger nahe gelegenen Großstadt angeschlagen wird. Das Leben in den von Arbeitspendlern geprägten Dörfern und Kleinstädten ist nicht selbst bestimmt, sondern lebt alleine von auswärtigen Ressourcen, die aber zugleich für lokalen Wohlstand sorgen.

Ländliche und kleinstädtische Räume sind in erster Linie Abwanderungsgebiet. Sie veröden wirtschaftlich und demografisch. Zurück bleiben räumliche und soziale Brachen. „Wir sind dann mal weg“ bedeutet dann auch: Es kommt keiner mehr! Wer gegangen ist, kommt nicht wieder. Und wenn jemand kommt, dann mit strategischer Absicht. Leer laufende beziehungsweise sich lichternde Räume werden besetzt. Die demokratische Öffentlichkeit hat sich zurückgezogen oder findet nicht mehr statt. Es entstehen nun vor Ort neue bürgerschaftliche Aktivitäten, die sich in einigen Fällen allerdings weit von der demokratischen Gestaltung lokaler Öffentlichkeit entfernt haben. Integrativer Bürgersinn wird von Ausdrucksformen nationalistischer Selbstbehauptung oder von clanartigen Sozialverbänden („Hells Angels“) abgelöst. Sozialleistungen, Bildungs- und Beratungsangebote werden Gegenstand „politischer Bewegungen“ und sind nicht mehr in der Hand der öffentlichen Verwaltung.

Das Dorf als Möglichkeit der Naherholung.  
Ausgewiesene Wanderwege in Hahausen im Harz.



Der ländliche Raum (zum Teil auch die beschauliche, aber ökonomisch schwache Kleinstadt) wird zum Fluchtpunkt und Rückzugsraum für erholungsbedürftige, wohl etablierte Städter. Die „Generation Landlust“ findet hier soziale und kulturelle Projektionsflächen für ihre Vorstellung vom „guten Leben“. Wir haben es dann mit zeitlich teilentleerten ländlichen Räumen zu tun, die sich an Wochenenden und in Ferienzeiten füllen, die Investitionsgegenstand, aber kein Alltagsort mehr sind. In einer wohlhabenden Gesellschaft ist das ein starker Trend, der vermutlich mit dem Einstieg der Wohlstandsschichten der Babyboomer-Generation in das Rentenalter noch erheblich zunehmen wird. Doch zugleich erfordert dieser Trend bestimmte landschaftliche, raumordnerische und infrastrukturelle Voraussetzungen. Die Nutzung als attraktiver Fluchtpunkt gelingt nur, wenn eine bestimmte Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Güter beziehungsweise Dienstleistungen gewährleistet ist.

Schließlich: Der ländliche Raum ist nur noch periodisches Nutzungsgebiet – in der Ferienzeit oder am (verlängerten) Wochenende. Hier geht es nicht um die Etablierung dörflicher oder kleinstädtischer Regionen als Fluchtpunkte und dauerhafte Rückzugsorte, sondern um die Entwicklung von Teilzeitorten. Die soziale Bindung an den konkreten Ort begrenzt sich auf Freizeitmöglichkeiten. Im Unterschied zur vorgenannten Variante ist die Nachfrage nach öffentlichen Gütern und Infrastrukturen weit begrenzter – denn am Montagmorgen ist man ja wieder weg.

Wenn wir die an dieser Stelle nur cursorisch skizzierten Entwicklungen in den Blick nehmen, dann spricht vieles dafür, dass sich der ländliche Raum und die Lebenswirklichkeit von Kleinstädten in Zukunft immer stärker fragmentieren. Von „dem“ ländlichen Raum kann dann in keinem Fall mehr die Rede sein. Hinzu kommt, dass sich diese Nutzungsformen zwar analytisch trennen lassen, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit allerdings häufig in Konflikt miteinander geraten. Es treten zwischen den unterschiedlichen Raumnutzern Konflikte um Infrastrukturen und Ressourcen der Daseinsvorsorge auf. Wie viele Gewerbegebiete trägt in den Augen der „Generation Landlust“ der ländliche Raum? Auf welche lokalen Infrastrukturen können (auto-)mobile Pendler verzichten – und welche sind unverzichtbar? Wie viel Leerstand und räumliche Lichtung ist für ein teilzeitgenutztes Dorf akzeptabel?

Es ist nicht schwer, hier unterschiedliche Interessen zwischen den verschiedenen Nutzergruppen zu identifizieren. Die jeweiligen Typen ländlicher Räume – die wirtschaftlich aktive Region, das Pendlerdorf, das Touristikrefugium und die Teilzeitorte – haben eine markant voneinander abweichende Sozialstruktur, Wirtschaftsform und auch kulturelle Lebensweise. Mit

anderen Worten: Im ländlichen Raum wachsen soziale, ökonomische und kulturelle Ungleichheiten. Ländliche Räume werden einander immer unähnlicher! Dasselbe gilt für die Landbewohner oder die Bevölkerung in Dörfern und Kleinstädten. Auch sie verlieren mehr und mehr soziale Ähnlichkeiten. Sie differenzieren sich in die, die bleiben wollen, die bleiben müssen und die, die immer mal wieder bleiben können! Das spiegelt sich sowohl im Wohlstandsniveau ländlicher Räume, die sich wirtschaftlich differenziert entwickeln, aber auch in der sehr unterschiedlichen Ausstattung mit öffentlichen Gütern, Dienstleistungen und Infrastrukturen. Daher spricht sehr vieles dafür, dass Nutzungskonflikte das Leben in ländlichen Räumen in Zukunft stärker prägen werden.

Damit steht übrigens auch der soziologische Begriff des Dorfs beziehungsweise der Kleinstadt oder der kleinen Gemeinde auf dem Prüfstand. Was ist dann soziologisch noch ein Dorf oder eine Kleinstadt? Bedarf es einer bestimmten wirtschaftlichen Aktivität, einer spezifischen Regelmäßigkeit und Beständigkeit der Bewohnerschaft, einer bestimmten kulturellen Orientierung der Bewohner an ihrem Wohnort? Reichen hierfür Teilzeitaufenthalte, Pendlerexistenzen oder schlicht die Lust am Landleben?





Dorfansicht in Echte.

Es ist in jedem Fall sinnvoll, gerade mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels und der Neujustierung der Daseinsvorsorge nicht mehr von dem ländlichen Raum oder den Dörfern zu sprechen, sondern Typen ländlicher Räume beziehungsweise dörflicher oder kleinstädtischer Konstellationen zu unterscheiden. Diese Typologie gibt den Blick auf weitere Konfliktfelder und -konstellationen frei.

### Wer lässt die Kirche im Dorf? Verteilungskonflikte im demografischen Wandel

Schon am Beispiel der differenzierten Nutzung ländlicher Räume zeigt sich, dass ein Dorf oder eine Gemeinde auf dem Lande von den Gütern, Ressourcen und Dienstleistungen lebt, die dort vorgehalten und angeboten werden. Interessant sind die Verteilungsfragen: Wo werden mit welcher Begründung öffentliche Güter und Dienstleistungen finanziert und gewährleistet? Welche Ressourcen stehen zur Verfügung? Welche Ressourcen und Leistungen der Daseinsvorsorge machen ein Dorf zum Dorf, eine Landgemeinde zur Landgemeinde oder eine Kleinstadt zur Kleinstadt?

Der demografische Wandel provoziert in unterschiedlichen Feldern Verteilungskonflikte um Wohlfahrtsstrukturen, deren Grundlage politische Präferenzentscheidungen und neue Formen der Bedarfsermittlung sind. Doch was heißt Wohlfahrtsstrukturen? Über Wohlfahrtsstrukturen zu reden heißt vor allen Din-

gen, über Personen und Professionen zu sprechen. Sie sind die notwendige Voraussetzung, damit öffentliche Güter und Dienste mit Leben gefüllt werden. Der aktive und intervenierende Staat, die verwaltenden und gestaltenden Kommunen, aber auch die lokale Zivilgesellschaft werden getragen von Berufsgruppen, von Arbeitskräften, von Beschäftigten. Auf die Akteure kommt es an. Wenn die Schule oder die Verwaltungsstelle schließt, wenn Kirchengemeinden zentralisiert werden, wenn der Arzt die Praxis aufgibt oder wenn die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege in den nächst größeren Ort verlegt werden, dann gehen eben nicht nur Infrastrukturangebote verloren, die die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr nutzen können. Auch die lokale Bürgerschaft verliert an Stärke und Präsenz. Die sozialen Milieus, die gesellschaftlichen Kreise, die Familien, die die lokalen Mittel- und Oberschichten tragen, verkleinern sich oder verschwinden in der Generationenfolge. Das Besondere dieser Milieus und sozialen Klassen ist ja nicht nur, dass sie die ihnen zugewiesenen und die von ihnen erworbenen professionellen Rollen ausfüllen, indem sie ihre erlernten Berufe als Ärzte, Lehrkräfte an Schulen oder Verwaltungsleiter praktizieren. In diesen Milieus spiegeln sich zudem spezifische eigenverantwortliche und gemeinsinnige Lebensformen wider, die soziale Ausstrahlung auf das Leben in Dorf und Gemeinde besitzen.

So ist mit der Lichtung sozialer Strukturen und mit der Aufgabe von Infrastrukturen auch eine Reihe von

indirekten wohlfahrtsstrukturellen Effekten verknüpft. Auf der einen Seite profitieren die Handwerks- und Kleingewerbsbetriebe vor Ort in starkem Maße von Aufträgen der öffentlichen Hand und von der Nachfrage der (bildungs-)bürgerlichen Milieus. Gerade letztere sind bereit, kostspielige handwerkliche Leistungen zu kaufen. Deren Nachfrage stützt eine spezifische lokale Handwerksökonomie und Kleinbetriebsstruktur. Das Schwinden der bürgerlichen Mitte hat daher auch Folgen für den handwerklichen Mittelstand. Doch die beruflich und sozial facettenreichen lokalen Mittelschichten gehen sich nicht nur als Kunden und wirtschaftliche Partner verloren. Auch das bürgerschaftliche Engagement kommt zu wesentlichen Teilen aus diesem Umfeld. Die Kirchenvorstände, Sporttrainerinnen und -trainer und Ortschronisten, die für ein lokales Leben von hoher Bedeutung sind, haben zu großen Teilen in den sicheren und auskömmlichen Zonen der Arbeitswelt ihr berufliches Zuhause.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt hierbei der öffentliche Sektor. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger beziehen ihre Energie und Sicherheit von bestimmten beruflichen Voraussetzungen. Der öffentliche Dienst ist nicht das einzige, aber ein besonders gutes Beispiel. Wer öffentliche Leistungen in der Fläche politisch und fiskalisch abbaut, der zermürbt auch die Bereitschaft und Fähigkeit zum außerberuflichen Engagement in Dorf und Kleinstadt. Arbeitspendler sind selten lokal engagiert. Und wer nur noch mit sich selbst und seinen prekären, befristeten und unsicheren Arbeitsverträgen beschäftigt ist, der wird keine Zeit und Kraft finden, sich außerhalb des Berufs für Anderes zu interessieren.

Ehrenamt und zivilgesellschaftliche Arbeit setzen drei zentrale Faktoren voraus: Lokale Bindung, soziale Sicherheit und berufliche Verbindlichkeit. Der öffentliche Dienst als Beschäftigungssektor und Berufsfeld spielt hier zweifelsohne eine wichtige Rolle. Als sicherer und aussichtsreicher Arbeitsort formt er das lokale „juste milieu“. Der öffentliche Sektor als Grundlage der Zivilgesellschaft lässt die Kirche im Dorf. Doch gerade die öffentlich Bediensteten stehen oftmals im Mittelpunkt lokaler und regionaler Verteilungskonflikte. In diesen Konflikten verlieren die öffentlichen Güter, Dienstleistungen und Infrastrukturen an personeller Substanz. Nicht überall, aber an vielen Orten. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern sich und die demografische Entwicklung liefert häufig zusätzliche Argumente für Einstellungsstopps und Wiederbesetzungssperren. Vom Beschäftigungsangebot öffentlicher Dienstleis-

tungen geht immer weniger soziale, kulturelle und berufliche Bindekraft aus. Das Personal überaltert. Das gilt für die öffentliche Verwaltung, aber auch für die freien Berufe, die beispielsweise im Gesundheitswesen eng an wohlfahrtsstaatliche Aktivitäten beziehungsweise Sicherungen gebunden sind. Ein bekanntes Beispiel ist hier der Landarzt, der keine Nachfolge für seine Praxis findet.

Doch das Verschwinden der Landarztpraxis, die drastische Reduzierung des kommunalen Verwaltungspersonals oder der Wegfall der örtlichen Polizeidienststelle haben eben nicht nur organisatorische Konsequenzen. Diese Prozesse reißen empfindliche Lücken in das Sozialgefüge vor Ort. Die Mitte der kommunalen Gesellschaft schwindet. Typische Berufe der Mittelschicht, die Sicherheit und Auskommen bieten und daher auch Raum für außerberufliches Engagement lassen, verlieren an Gewicht. Schrumpfende Infrastrukturen und Daseinsvorsorgeleistungen zehren die Mitte lokaler Gesellschaften aus. Die Trägergruppen bürgerschaftlichen Engagements stehen unter Druck. An dieser Entwicklung zeigt sich noch einmal deutlich, dass Infrastrukturen aus soziologischer Sicht nicht nur Versorgungsleistungen repräsentieren, deren Fehlen oder Vorhandensein technische, räumliche oder verwaltungsbezogene Folgen nach sich ziehen. Der Ausbau und die Sicherung der Infrastruktur produziert auch eine spezifische Sozialstruktur; mehr noch: Infrastrukturen stabilisieren soziale Strukturen. Das soziale und berufliche Schicksal der öffentlich Bediensteten, der Verwalter und Projektleiter, der Pfleger und Ausbildungskräfte, der technischen Angestellten und der Infrastrukturplaner ist sehr eng mit funktionsfähigen Wohlfahrtsstrukturen verknüpft.

### Was Dorf und Kleinstadt brauchen – Das Soziale-Orte-Konzept als Antwort auf Nutzungs- und Verteilungskonflikte

Was braucht es, um in ländlichen Regionen Daseinsvorsorge zu sichern, Gemeinsinn zu stiften und sozialen Ausgleich zu gewährleisten? Was sind die Maßstäbe für Entwicklung oder Abwicklung? Wer darf seine Schule behalten, welche Verwaltungsstelle wird zusammengelegt, welche Versorgungseinrichtung wird geschlossen, welche öffentlichen Güter werden der Fläche entzogen? Das alles sind zentrale Fragen für die Entwicklung dörflicher und kleinstädtischer Infrastrukturen. Und es sind zentrale Fragen für die Entwicklung und Sicherung lokaler Demokratie. Es gibt sicher nicht nur eine Antwort auf diese Fragen.



Doch eine besonders aussichtsreiche ist das gemeinsam mit Jens Kersten und Claudia Neu 2017 erstellte Soziale-Orte-Konzept, das auf die Sicherung sozialen Zusammenhalts insbesondere in ländlichen Regionen zielt. Das Soziale-Orte-Konzept reagiert auf die Tatsache sozialer und räumlicher Spaltung. Ländliche Räume driften auseinander, Nutzungskonflikte dominieren. Der Zusammenhalt ergibt sich nicht von selbst, er muss aktiv wiederhergestellt werden. Dabei kommt dem Staat eine zentrale Rolle zu: nicht aus Staatsgläubigkeit, sondern weil wir in einer Demokratie leben, die sich verfassungsrechtlich in den Gemeinden, Kreisen, Ländern und dem Bund konstituiert. Bei der Daseinsvorsorge, den Infrastrukturen und den öffentlichen Gütern zeigt sich die Staatsbedürftigkeit der demokratischen Gesellschaft. Dies bedeutet nicht, dass der Staat die Daseinsvorsorge, die Infrastrukturen und die öffentlichen Güter selbst und allein zur Verfügung stellen müsste oder könnte.

Er ist dafür auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, auf eine aktive Zivilgesellschaft und auf eine kooperative Wirtschaft angewiesen.

Verfassungsrechtlich knüpft das Soziale-Orte-Konzept an die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung an, die die Kommunen als „örtliche Gemeinschaft“ versteht (Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG) und damit eine hohe verfassungsrechtliche Erwartung an deren sozialen und räumlichen Zusammenhalt formuliert. Im Soziale-Orte-Konzept werden Gemeinden nicht alleine nach ihrer Funktion als Grund-, Mittel- oder Oberzentrum kategorisiert. Vielmehr charakterisiert das Soziale-Orte-Konzept Kommunen anhand ihres sozialen Zusammenhalts als riskant, resilient oder robust. Kriterien für diese Einordnung sind die Arbeits-, Bevölkerungs-, Finanz-, Infra-, Vereins- und Wirtschaftsstruktur einer Gemeinde im regionalen und bundesweiten Vergleich.

## Typologie Sozialer Orte

### Riskanter Zusammenhalt

Der sozialräumliche Zusammenhalt einer Gemeinde wird riskant, wenn die Bevölkerungszahl stark zurückgeht, soziale Infrastrukturen an Tragfähigkeit verlieren und keine relevanten Wirtschaftsaktivitäten mehr vor Ort stattfinden. Im Fall riskanter Gemeinden ist das Ziel der Politik des sozialen Zusammenhalts, personelle, finanzielle, infrastrukturelle und wirtschaftliche Bausteine in den Kommunen zu identifizieren, welche zur Rekomposition zumindest eines angemessenen Minimums gesellschaftlicher Kohäsion beitragen können oder – besser noch – eine nachhaltige Stärkung des sozialen Zusammenhalts versprechen.

### Robuster Zusammenhalt

Robuste Gemeinden sind von den Folgen des demografischen Wandels und der Binnenwanderung nicht betroffen. Im Fall robuster Gemeinden ist es das Ziel der Politik des sozialen Zusammenhalts, personelle, finanzielle, infrastrukturelle und wirtschaftliche Bausteine in der Region zu identifizieren, mit denen sie riskante und resiliente Kommunen unterstützen können. Es liegt nicht nur im langfristigen Eigeninteresse robuster Kommunen, sich für die soziale Kohäsion zu engagieren, sondern dies wird auch von der Verfassungsordnung erwartet.

### Resilienter Zusammenhalt

Der sozialräumliche Zusammenhalt einer Gemeinde ist resilient, wenn sie (noch) auf den demografischen Wandel reagieren kann. Der Begriff der Resilienz meint dabei ein relativ neues Konzept, das sich im Kontext von Vulnerabilitäts- und Copingstrategien entwickelte. Resilienz beschreibt die Fähigkeit einer Gemeinde, sich an demografisch bedingte Beeinträchtigungen und Störungen ihres sozialräumlichen Zusammenhalts anpassen zu können. Im Fall resilienter Gemeinden ist es das Ziel einer Politik des sozialen Zusammenhalts, personelle, finanzielle, infrastrukturelle und wirtschaftliche Bausteine zu identifizieren, die es erlauben, die Folgen des demografischen Wandels (weiterhin) zu neutralisieren, zu kompensieren oder für die eigene Weiterentwicklung konstruktiv zu nutzen.

Was zeigt diese Typologie Sozialer Orte? Diese Kategorisierung führt zu einer gänzlich anderen Einordnung von Gemeinden als die überkommene Kartografie des demografischen Wandels, die nur zwischen den allseits bekannten Wachstums- und Schrumpfsregionen unterscheidet. Da es auf die soziale Kohäsion von Dörfern oder Kleinstädten ankommt, finden sich in Schrumpfsregionen nicht nur riskante, sondern eben auch resiliente und robuste Gemeinden. Umgekehrt lassen sich in Wachstumsregionen nicht nur robuste und resiliente Kommunen, sondern gerade in den deutschen Großstädten und Metropolregionen auch riskante Bezirke beziehungsweise Gemeinden identifizieren. Auf diese Weise lässt sich ein weit differenziertes und präziseres Bild räumlicher Spaltung zeichnen. Darüber hinaus ermöglicht die im Konzept der Sozialen Orte vorgeschlagene Typisierung von Dörfern und Kleinstädten einen neuen Blick auf die Gestaltung

von Nutzungs- und Verteilungskonflikten. Das Soziale-Orte-Konzept hilft, die Gefahr sozialräumlicher Introvertierung zu vermeiden. Denn gerade im kleinräumlichen, nachbarschaftlichen Bereich lassen sich selbst in riskanten Gemeinden Potentiale und Institutionen entdecken, die in der Lage sind, eine über ihr unmittelbares Umfeld hinausgehende Gestaltung und Vernetzung und damit zugleich Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu gewährleisten.

Zu diesen Potenzialen und Institutionen zählen auch Unternehmen und Wirtschaft, die sich noch stärker als bisher in die Politik sozialen Zusammenhalts einbringen können. Die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale liegen nicht ausschließlich im Erhalt und in der Schaffung von Arbeitsplätzen und Konsummöglichkeiten. Private und öffentliche Unternehmen, die sowohl in riskanten, resilienten und robusten Gemeinden tätig sind, tragen zu deren Vernetzung bei. Eine

Dorf im Landkreis Holzminden, geschlossene »Pension Erika«.







besondere Rolle kommt den Energiewirtschafts-, Post-, Telekommunikations- und Verkehrsunternehmen zu. Sie können und sollten auch aktiv in die Entwicklung von Konzepten der (trans)regionalen Daseinsvorsorge einbezogen werden. Hier ist es ebenfalls notwendig, neue konzeptionelle Wege zu gehen.

Die Zivilgesellschaft ist mit den Bürgerinnen und Bürgern, ihren Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Kirchen schließlich ein weiterer ganz wesentlicher Akteur des Soziale-Orte-Konzepts. Hier werden die Nachbarschaftshilfe und das Ehrenamt zu Recht besonders unterstrichen. Das Ehrenamt entfaltet sich freilich vor allem dort, wo es mit staatlichem, unternehmerischem und weiterem zivilgesellschaftlichem Engagement gemeinsam den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern kann. Wie im Fall von Unternehmen und Wirtschaft ist nach der besonderen Verantwortung der zivilgesellschaftlichen Akteure zu fragen, die wie die Kirchen, Religionsgemeinschaften oder Sportvereine regional- und länderübergreifend, wenn nicht sogar bundesweit in riskanten, resilienten und robusten Gemeinden präsent sind. Für die Ge-

währleistung des sozialen Zusammenhalts kommt es auch hier darauf an, dass sich diese sozialraumübergreifenden Akteure nicht faktisch aus der Fläche zurückziehen, sondern ihre zivilgesellschaftlichen Strukturen in das Soziale-Orte-Konzept einbringen. Das gilt für die Sportbünde ebenso wie für Caritas und Diakonie. All diesen Institutionen kommt in dem Konzept eine sehr zentrale Bedeutung zu.

Wie geht es weiter mit dem ländlichen Raum? Wie gestalten wir in Zeiten demografischen Wandels die Daseinsvorsorge in Dörfern und Kleinstädten? Und kommt es nicht mehr und mehr darauf an, die lokale Demokratie zu stärken? Das Dorf zählt und die Kleinstadt zählt, wenn es um die Stabilisierung und Weiterentwicklung demokratischer Institutionen geht. Die Daseinsvorsorge und die Bereitstellung öffentlicher Güter darf nicht anti-demokratischen Kräften überlassen werden, wenn sich staatliche Verantwortung fiskalisch oder demografisch begründet aus der Fläche zurückzieht. Nutzungs- und Verteilungskonflikte dürfen nicht dazu führen, dass die Demokratie ihre lokale institutionelle Substanz verliert.



Ührde im südwestlichen Harzvorland, ein Ortsteil von Osterode am Harz.

Gemeinsam mit dem Lehrstuhl für die Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel (Prof. Dr. Claudia Neu) und mit dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München (Prof. Dr. Jens Kersten) arbeitet das SOFI Göttingen zur Zeit an einer empirischen Expertise zum Thema „Soziale Orte“. Anhand von Fallbeispielen in Hessen und Thüringen wird gezeigt, welche Potenziale auch in schrumpfenden, sich lichternden Dörfern und Kleinstädten stecken. Weiterhin kooperiert das SOFI Göttingen mit den südniedersächsischen Landkreisen und begleitet gemeinsam mit der HAWK Göttingen (Prof. Dr. Ulrich Harteisen) Konzepte der Dorfmoderation. Die Dorfmoderation verfolgt die Idee, (noch) vor Ort vorhandene Potenziale sozialen Zusammenhalts in neuer Weise zu mobilisieren und zu unterstützen.

Prof. Dr. Berthold Vogel, geboren 1963 in Würzburg, ist seit 2015 Geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) Göttingen an der Georg-August-Universität, zugleich apl. Professor für Soziologie an der Universität Kassel und Gastprofessor an der Universität St. Gallen. Seine thematischen Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen in der Soziologie staatli-

cher Ordnung, in der Analyse öffentlicher Güter sowie der vielfältigen Welt der Erwerbsarbeit. In diesem Zusammenhang stellt sich Vogel unter anderem die Frage, in welcher Weise sich Städte und Dörfer entwickeln, wenn öffentliche Güter neu verhandelt werden und staatliche Aktivitäten an materieller und infrastruktureller Reichweite verlieren.



## LITERATUR

Jens Kersten, Claudia Neu und Berthold Vogel: Der Wert gleicher Lebensverhältnisse. Schriftenreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung „gute gesellschaft – soziale demokratie“, Bonn 2015

Jens Kersten, Claudia Neu und Berthold Vogel: Das Soziale-Orte-Konzept. Ein Beitrag zur Politik des sozialen Zusammenhalts; in: Umwelt- und Planungsrecht (UPR), Heft 2/2017, S. 50-56, München